

Nebracher Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wihl. Bauer in Köpchen.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerige Buchdruckerei, Köpchen.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Köpchen Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Kleinformat 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten:
Stadtpostkasse Nebra — Sankterevier Arten.

№ 52

Donnerstag, den 1. Mai 1930

43. Jahrgang

Wiederzusammentritt der Parlamente. Hausparlamentsberatung im Reichstag.

Am 30. April, Berlin, 30. April.
Nach der Osterpause tritt der Reichstag am Freitag dieser Woche, 15 Uhr, wieder zusammen, um den Haushalt für 1930 in erster Lesung zu erledigen.
Die Beratung beginnt mit einer großen Rede des Reichsfinanzministers Dr. Brüning. Nach Beendigung der Aussprache soll dann am Sonnabend der Haushalt dem Reichstag zur Beratung vorgelegt werden, der bereits am Montag seine Arbeiten beginnt. Das Reichstagsparlament wird sich am Sonnabend um dem nächsten Zeit für seine Arbeit zu lösen, nachdem für eine Woche vertagt.

Bereits am Donnerstag hält der Reichstag eine Sitzung ab, neben kleineren Vorlagen soll der Gesetzentwurf über die Ermächtigung zur Ergründung von finanziellen Maßnahmen zum Zwecke der Erleichterung und Beförderung der Kreditverfügung der deutschen Wirtschaft verabschiedet werden.

Am Dienstag, den 6. Mai, 13 Uhr, nimmt der Preussische Landtag seine Arbeiten wieder auf. Auf der Tagesordnung steht die Einzelberatung der Haushaltslage der Bergverwaltung, des Landwirtschafsinstitutums, des Güterernährungs, sowie des Volkswirtschaftsministeriums, ferner die zweite Beratung der Haushaltslage des Landes, des Staatsrats und der Staatsbank.

Zur Krise in der D. D. P.

Reichstagsabgeordneter Langen tritt aus der Partei aus.
— Oldenburg, 29. April.
Reichstagsabgeordneter Langen hat an den Vorlesungen der Deutschen Demokratischen Partei, Reichsminister a. D. Koch-Weser, ein Scheitern erlebt, in dem er seinen Austritt aus der D. D. P. erklärt.

In der Begründung heißt es u. a.: „Der D. D. P. fehlt Kraft und ernsthafte Wille, eine rücksichtslos, volkshenke Politik erfolgreich abzuwehren und eigene Wege zu zeigen. Sie hat gegen uns und gegen rechts in wichtigsten politischen Fragen auf die Durchführung eigener Auffassung soweit verzichtet, daß sie im Reichstag kaum noch als mitentscheidender Faktor gewertet wird. Einmal mit der Sozialdemokratie Staatsraison und Futtermittelverteilung, dann mit dem Landtag eine weitere Erhöhung der Preise für Rohstoffe der schweizerischen Bergbauindustrie — weiter geht's nicht. Die D. D. P. budete eine an volkswirtschaftlichen Unmöglichkeiten kaum mehr zu überbietende Steuer- und Finanzpolitik, die nicht das Ergebnis laiderlicher Irrtümern und Entschlüssen, sondern ein parteipolitisches Handlungsbild ist.“

Die D. D. P. zeigt mit alledem, daß sie nicht mehr die Kraft hat, eigene Entscheidungen zur Geltung zu bringen. Das Verhalten der D. D. P. im Reichstag kann auch nicht als Opfer für Volk und Vaterland angesehen werden sondern offenbar unter völligem Verzicht auf eigene Politik die Fiktion und Illusion, welche mit den Augen an die Zukunft der D. D. P. gekommen hat. Gleichzeitig hat Langen sein Reichstagsmandat niedergelegt.

Deutschlands innere Erneuerung.

— Dresden, 29. April.
Am demokratischen Wirtschaftsausschuss im Freiheitssächsischen Landtag sprach Professor Dr. Heppner über Deutschlands innere Erneuerung. Er schätzte eingangs die Gefahr der einseitigen Überbetonung des gesetzgeberischen Staatsgedankens.

Daß den Franzosen das Werk der Eroberung des Rheines mißlungen sei, bedeute den Abbruch einer der verhängnisvollsten Epochen im Verhältnis der beiden Staaten. In dem Verhalten der Rheinlandsbevölkerung liege ein Schlüssel für die wirtschaftliche Entwicklung des deutschen Volkes.

Gegenüber dem Bild der Sozialdemokratie müsse eine neue große staatsbewußende Partei der Mitte entstehen. Die neue Partei solle sich zu den großen bleibenden Gütern der bürgerlichen Entwicklung bekennen, in erster Linie zum Vordereichen der Bevölkerung im wirtschaftlichen und politischen Leben.

Der Grundstock der Sozialpolitik müsse unangefast bleiben, aber aus dem Staate dürfe man keine Subventionen machen lassen.

Eine viel weitere Aufgabe eröffne sich für die neue Partei in der Reichsreform, in dem Problem der Wirtschaftsgleichung und der Bildungsreform. Die Deutsche Volkspartei und die Demokratische Partei müßten endlich die Initiative zur Sammlung der freibleiblich gegangenen Mitte ergreifen.

Eine Rechtfertigung.

Warum die Wirtschaftspartei in die Regierung eintritt.

— Berlin, 29. April.
Ueber die Gründe, die die Wirtschaftspartei veranlassen haben, in die Regierung einzutreten, sprach in Potsdam 1 der Parteivorstand Dr. e. w. Er wies den Vorwurf entschieden zurück, daß die Wirtschaftspartei nicht den Wert

im Viktor Jöerlich. Ausgehend von den Christenerfolgungen in Ausland zeigte der Redner an Hand von Zeugnissen der „Roten Fahne“, daß der Sturmtrupp der bolscheuistischen Revolution allenfalls gefundene Arbeit zu mit dem Ziele der Entzerrung Gottes. Er schloß die Rede mit dem Ausruf des christlichen Glaubens entgegengekehrt werden. Mit einem Ausruf des weltlichen Generalverwirklichtenden D. Joelinez zur Bestimmung auf die Kräfte des evangelischen Glaubens fand der adste Reichsalltag seinen Abschluß.

Inhalt dieser Arbeit leit Aufhebung zum Widerstand gegen jede Autorität, Verhöhnung des Christentums und der Kirche und bewußte Gotteslästerung. Schon konnte es in direkten Angriffen auf Kirchengebäude und in Verhöhnung der Gottesdienste zu hören. Da habe nur ein Wachsen der evangelischen Christenheit, das zu lebendigem Glauben werden müßte. Der bolscheuistischen Idee müßte die große christliche Kraft des christlichen Glaubens entgegengekehrt werden. Mit einem Ausruf des weltlichen Generalverwirklichtenden D. Joelinez zur Bestimmung auf die Kräfte des evangelischen Glaubens fand der adste Reichsalltag seinen Abschluß.

Aus Gründen der Courtoisie . . .

Nuntius Orsenigo wieder Dogen des diplomatischen Corps.
— Berlin, 29. April.

Der Reichspräsident empfing den apostolischen Nuntius zur Entgegennahme des Beschlusses des päpstlichen Nuntius als Dogen des diplomatischen Corps wird von ausländischer Stelle folgende Darstellung bekanntgegeben: Als Ende 1929 Nuntius Pacelli abberufen wurde, drängte die Frage zur Auffassung der Kurie jedoch für Deutschland seine rechtliche Verpflichtung, den päpstlichen Nuntius als Dogen des diplomatischen Corps anzunehmen. Praktisch liegen in Europa aber die Dinge so, daß sämtliche 24 Nuntien als Dogene des diplomatischen Corps fungieren. Bezüglich in Italien ist der Vortrag des Nuntius rechtlich festgelegt worden. Ein Reichsantrag der Kurie auf das Dogenamt für Berlin konnte von deutscher Seite nicht anerkannt werden. Auch sprachen einige andere Gründe dagegen. Um über eine Lösung Klarheit zu verschaffen, ist mit dem Berliner diplomatischen Corps Verbindung genommen worden. Man einigte sich dann dabei auf folgende Formel:

Die deutsche Regierung hat sich nach Zuleitungnahme mit dem diplomatischen Corps aus Gründen der Courtoisie entschlossen, den päpstlichen Nuntius das Dogenamt zuzugestehen. Dieser Beschluß ist von dem dienstältesten Botschafter, dem russischen Botschafter Kremlitzin, den übrigen in Berlin akkreditierten Diplomaten zur Kenntnis gebracht worden.

Evangelischer Volkstag in Bielefeld.

Abtluß des Reichsalltags.

Die Tagung des Reichsalltags schloß mit dem stark besuchten Evangelischen Volkstag. Die Festrede hielt der Führer des Evangelischen Volkstages von Groß Berlin zur Verantwortung habe und erzieht, zur Regierung der Großen Koalition habe die Partei nur deswegen in scharfer Opposition gehalten, weil sie bei der jetzigen Regierungsbildung durch Reichsanwalt Müller von vornherein ausgeschlossen worden seien.

Die Wirtschaftspartei habe immer betont, daß sie zur Mitarbeit bereit sei, nur in der überlegene Einfluß der Sozialdemokraten in der Regierung gebrochen werde. Angesichts des Appells des Reichspräsidenten zur Einigung habe die Partei sich dem Reichsanwalt Drilling nicht verlegen dürfen und wollen, umso weniger, als die Lage der Landwirtschaft eine sofortige Hilfe notwendig gemacht habe. Auch habe man die sonst unvermeidliche Katastrophe, daß das Reich am 1. Mai vor leeren Kassen stünde und die Beamtengehälter nicht hätten ausgezahlt werden können, verhindern müssen.

Der Redner ging dann im Einzelnen auf die Forderungen der Wirtschaftspartei ein, von deren Erfüllung sie ihren Eintritt in die Regierung abhängig gemacht habe. Es sei wichtig, wenn man behaupte, daß die Regierung Brüning die Beherrschung des Volkes durch die mit dem Agrarprogramm verbundenen Steuererlagen wesentlich härter betriebe, als es die Regierung Müller beabsichtigt habe. Es werde vielmehr nur das — allerdings in einem schnelleren Tempo — fortgesetzt werden, unter dem letzten Reichstag beschlossen worden ist. Mit besonderer Genugtuung stellte der Redner fest, daß die Wirtschaftspartei bei den Verhandlungen zur Regierungsbildung mit wenig Ausnahmen ausgezeichnet mit den Vertretern der Landwirtschaft zusammengehört habe.

Durch ihren Eintritt in die Regierung habe die Wirtschaftspartei die Interessen der kleineren sozialistischen Gruppen einer bürgerlichen Politik herangezogen. Das neue Steuerprogramm sei nur eine vorübergehende Maßnahme, noch vor dem Herbst soll das Steuervereinfachungsgesetz verabschiedet werden, das vor allem einen Abbau der Realsteuern und die Einführung der Vermögensabgabe bringe. Die Wirtschaftspartei werde es als ihre

vornehmste Aufgabe in der Regierung anehen, die unerträglichen Lasten der Wirtschaft so schnell und soweit als möglich abzubauen.

Das Wachsen der Tabaksteuer.

Ein Vergleich mit Frankreich und Großbritannien.
— Berlin, 29. April.

Ämtlich wird eine Unterredung über die Tabaksteuer im Deutschen Reich, in Frankreich und Großbritannien veröffentlicht, die sich bis auf das Jahr 1927 erstreckt und das Jahr 1930 zum Vergleich heranzieht. Durch die neuesten Veränderungen der Tabaksteuer hier noch nicht einberufen sind, so ergibt sich doch schon aus dieser Zusammenfassung, daß die Besteuerung des Tabaks, die vor dem Kriege verhältnismäßig geringfügig bei uns war, in der Nachkriegszeit außerordentlich zugenommen hat. Es ist zwar schwer, bei der durch Krieg und Inflation hervorgerufenen Veränderung der Währungseinheiten in den verschiedenen Ländern einen genauen Vergleichsmaßstab heranzuziehen, insofern gibt es ein leblich zutreffendes Bild, wenn man die Umrechnungen auf die Vorkriegsmark vornimmt. Geht dabei dies, so ergibt sich, daß von 1913—1927 das Steuer- und Zollaufkommen auf Zehat insgesamt in Deutschland von 187 auf 612 Millionen, in Frankreich von 354,5 auf 401,2 Millionen und in Großbritannien von 375,5 auf 770,2 Millionen Mark Vorkriegsmark aufgezogen sind.

Das bedeutet auf den Kopf der Bevölkerung in Deutschland eine Steigerung von 2,78 auf 9,68, in Frankreich von 8,91 auf 9,82 und in Großbritannien von 8,23 auf 16,95 Mark Vorkriegsmark auf Kopf. Trotzdem betragen diese Zahlen auch noch nicht alles, da ja nicht nur die Steuer, sondern auch der Konsum in den Jahren 1913—1927 gewachsen ist. Daher gewinnt man ein zutreffendes Bild, wenn man das Steuer- und Zollaufkommen auf je 1 Kilo in den genannten Jahren berechnet. Danach sind diese Abgaben in Deutschland in der genannten Zeit von 1,70 auf 4,82 gewachsen, in Frankreich von 2,58 auf 7,33 zurückgegangen und in Großbritannien wiederum von 8,40 auf 12,31 gefallen.

Während also 1913 die Steuerbelastung in Frankreich mehr als das Vierfache und in Großbritannien fast das Fünffache von der im Deutschen Reich betrug, war 1927 infolge bereits eine Angleichung erfolgt, also die Belastung der Vorkriegsmark in Frankreich nur noch 2mal so groß und in Großbritannien zweieinhalbmal so groß wie im Deutschen Reich war.



Die negative Gesichtspunkt der französischen Haltung gegenüber Österreich mitsprich, nämlich das immer wieder Österreich hinsichtlich der Beziehungen zwischen Wien und Berlin.
Man wird gerade in diesem Punkte voranschreitlich in Paris den Bundeskanzler Schober vor sehr dringliche Fragen stellen, und wie werden in Deutschland nicht empfindlich und nicht enttäuscht sein dürfen, wenn der Bundeskanzler mit aller Diplomatie auf diese Fragen antwortet und dabei Gefühle in den Hintergründen freilegt, die deshalb weder dem Reiche noch in Österreich eine Befähigung erheben dürfen.

Österreich hat seit dem Haag seine finanzielle Freiheit wiedergewonnen, und es sucht sich durch Anleihen zu stärken und wieder aktiv zu werden. Vorführung ist auch in dieser Richtung bereits im Haag genommen worden, und Paris ist jetzt nur eine Frage auf dem Wege nach London, wo der Bundeskanzler Schober in der Person des englischen Staatskanzlers Snowden einen Verhandlungspartner vorfinden wird, der auffallend bereitwilliges Verständnis an den Tag gelegt hat.

Die Reife Schobers nach den weltlichen Hauptstädten wird in Deutschland mit derselben Aufmerksamkeit und mit denselben guten Wünschen für praktische, den Wiederauf-